



## Presseinformation

Nr. 024/2007

Kiel, Donnerstag, 25. Januar 2007

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Jugendhilfe/Schule/Kooperation

### Heiner Garg: Ergänzende soziale und pädagogische Leistungen an den Schulen werden immer wichtiger

In seinem Redebeitrag zu **TOP 30** (Kooperation Jugendhilfe und Schule) sagte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Dr. Heiner Garg**:

„Im Dezember 2006 hat Bundespräsident Horst Köhler die Grundschule „Kleine Kielstraße“ in Dortmund als beste Schule ausgezeichnet. Die Schule des Jahres, die sich unter 481 Bewerbern und 18 Nominierten behauptete, arbeitet unter Bedingungen, die allgemein als besonders schwierig bezeichnet werden. Die staatliche Schule in dem als sozialen Brennpunkt bezeichneten Dortmunder Nordstadt besuchen Kinder aus mehr als 20 Nationen. Für 80% der Schüler ist Deutsch nicht die Muttersprache.

Was aber ist so bemerkenswert am Sieger?

Die Antwort ist vielschichtig: Zum einen die enge Zusammenarbeit mit Familien und Kindergärten. Bereits Monate vor der Einschulung tauschen sich Lehrer mit Erzieherinnen aus. Eltern werden frühzeitig eingebunden. Es werden sogar sogenannte „Erziehungsverträge“ mit ihnen geschlossen. Die Entwicklung jedes Kindes wird von den Lehrern ausführlich dokumentiert und die Schüler bekommen auf sie zugeschnittene Stundenpläne.

Zum anderen sind aber nicht nur Eltern, Lehrer und Erzieher von vornherein mit eingebunden: Auch mit dem nachbarlichen Umfeld steht die Schule in regem Kontakt.

Das Beispiel macht deutlich, dass neben einem guten Unterrichtsangebot ergänzende soziale und pädagogische Leistungen an den Schulen immer wichtiger werden, wenn sie die Schüler auf das Leben vorbereiten wollen.

Denn Bildungsdefizite und Defizite im erzieherischen Bereich entstehen unter den heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem deshalb, weil Kinder und Jugendliche in der Familie und ihrem sozialen Umfeld zu wenig Förderung und Unterstützung erhalten.

**Wolfgang Kubicki, MdL**

*Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**

*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**

*Parlamentarischer Geschäftsführer*

**Günther Hildebrand, MdL**

www.fdp-sh.de

Entsprechende Konzepte, wie sie z.B. in einer offenen Ganztagschule angeboten werden, bieten hier einen erfolgreichen Ansatz, diese Schüler zu erreichen.

Der vorgelegte Bericht der Landesregierung zeigt, dass solche ergänzenden Angebote nicht nur als notwendig anerkannt worden sind – sie gibt es in vielen Bereichen auch schon in Schleswig-Holstein.

Der Bericht nennt hier beispielhaft Lokale Bildungspartnerschaften, Runde Tische, wie es sie z.B. in Kiel in den Stadtteilen Gaarden und Mettenhof gibt, verbesserte und vernetzte Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote sowie verschiedene Ganztagsangebote.

Das Problem aber ist, dass in Schleswig-Holstein die Schulen – und ihre Träger – noch immer zu sehr mit ihren Problemen alleine gelassen werden.

Da genügt es nicht, im Landeshaushalt jährlich jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt Mittel in Höhe von 26.000 Euro zur Verfügung zu stellen, wie es seit 2001 geschieht.

Das reicht vor allem dann nicht, wenn erst seit 2006 Angaben von Seiten des Ministeriums verlangt werden, zu welchen Ergebnissen die verschiedenen Kooperationskonzepte überhaupt gekommen sind.

Die Landespolitik macht es sich in diesem Fall zu einfach, wenn sie bei der Frage, wie eine integrierte Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik zu gestalten ist, auf die besondere Verantwortung der Kommunen verweist - wie im Bericht geschehen<sup>1</sup>.

Wenn wir den Kommunen über Hilfestellung durch Regionalkonferenzen und einer Informations- und Servicestelle hinaus geben wollen, sollten die landesweit existierenden Projekte nicht nur umfassend evaluiert – sondern deren Ergebnisse gemeinsam mit den Kommunen analysiert werden.

Die Chance, hierzu wurde bisher leider verpasst.

Andernfalls hätten wir wesentlich konkreter darüber diskutieren können, wie einzelne Schulen an sozialen Brennpunkten noch besser unterstützt werden können.

Wer dann auch noch die Forderungen der FDP-Fraktion ablehnt, Schulsozialarbeit als Förderaufgabe des Landes im Schulgesetz zu verankern und ein Förderprogramm für Schulsozialarbeit an sozialen Brennpunkten aufzulegen, muss sich dann schon fragen lassen, wie tief eine Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe zukünftig sein soll?

Das Fazit aus dem Bericht kann deshalb nur lauten: Die Probleme wurden erkannt. Viele positive Beispiele zeigen, dass die Kooperation von Schule und Jugendhilfe verbessert worden ist.

Wenn es aber darum geht, durch konkrete Maßnahmen die Schulen in ihrer Arbeit zu unterstützen, werden sie vom Land immer noch zu oft alleine gelassen.“

---

<sup>1</sup> Bericht der Landesregierung Kooperation Jugendhilfe und Schule, S. 19, Drs.: 16/1072  
**Christian Albrecht**, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,  
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497,  
E-Mail: [presse@fdp-sh.de](mailto:presse@fdp-sh.de), Internet: <http://www.fdp-sh.de/>